

Belastungsmoratorium für die Wirtschaft

Die Wirtschaft befindet sich seit mehr als zwei Jahren im Krisenmodus. Mit enormen Anstrengungen sind wir dabei, die Pandemie und deren einschneidende Folgen zu überwinden. Russlands Krieg gegen die Ukraine wirft uns hier weit zurück. Putins Krieg wird zum Härtestest für die Unternehmen und damit für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land. Darüber hinaus gefährdet die Null-Corona-Strategie Chinas die Handelsströme auf den globalen Märkten. Uns steht jetzt ein riesiger Kraftakt bevor. Hinzu kommt: Seit Jahren wachsen die bürokratischen und kostenseitigen Belastungen, die den Unternehmen von der Politik aufgebürdet werden, immer weiter an. Dieser Trend hat sich auch in der Pandemie weiter fortgesetzt.

In dieser kritischen Phase muss hier endlich ein Stoppschild gesetzt werden. Das betrifft insbesondere die Europäische Union, die die Wirtschaft mit immer neuen Regulierungsvorhaben überzieht. Bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht dürfen diese nicht noch verschärft werden. Es geht jetzt darum, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Damit die Unternehmen das können, brauchen sie dringend ein Belastungsmoratorium. Folgende Punkte sind dabei aus Sicht der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. seitens der Politik vordringlich zu beachten:

1. Der Anstieg der Energiepreise muss bekämpft werden

Deshalb fordern wir:

Die von der Bundesregierung beschlossene Senkung der Energiesteuer geht in die richtige Richtung, sie führt aber nicht weit genug. Die Energiesteuer muss für alle fossilen Energieträger vorübergehend deutlich gesenkt beziehungsweise ganz ausgesetzt werden. Auf der EU-Ebene sind dazu Ausnahmen bei den Regelungen zur Mindestbesteuerung notwendig, um ausreichend starke Effekte zu erzielen. Andernfalls drohen die derzeitigen Energiepreise komplette Wertschöpfungsketten zu sprengen.

Die Stromsteuer muss zügig und dauerhaft auf das europarechtlich zulässige Minimum abgesenkt werden. Das hilft der Wirtschaft in ihrer ganzen Breite.

Beim nationalen Emissionshandelssystem brauchen wir ein Moratorium. Jetzt ist sicher nicht der Zeitpunkt für die politische Verteuerung von Energieträgern. Auch auf der europäischen Ebene dürfen in der aktuellen Situation keine zusätzlichen Belastungen entstehen.

Um den Energiepreisanstieg zu dämpfen und die Versorgungssicherheit zu erhöhen, brauchen wir neben dem schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch eine vorübergehende Verlängerung der Laufzeiten der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland.

Zuschüsse für hohe Energiekosten müssen fair ausgestaltet sein. Der Kostenzuschuss darf nicht auf bestimmte Wirtschaftssektoren beschränkt werden, sondern muss energieintensiven Betrieben aus allen Branchen zugutekommen. Entscheidend sind das Betroffensein bzw. die Auswirkungen auf das einzelne Unternehmen.

2. Arbeitskosten im Griff behalten und Flexibilität der Unternehmen sichern

Deshalb fordern wir:

Wir müssen eine Lohn-Preis-Spirale verhindern:

Vor dem Hintergrund der hohen Inflation müssen wir alles daransetzen, eine sich verschärfende Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Die Strategie der Bundesregierung, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger aus dem Preisanstieg zu dämpfen, ist richtig und muss konsequent weiterverfolgt werden. Nur so kann auch der Druck auf zu hohe Lohnabschlüsse sinken, die die ebenfalls von steigenden Preisen und Lieferengpässen betroffenen Unternehmen massiv zusätzlich belasten. Vor diesem Hintergrund kommt auch die massive Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zur Unzeit, da dadurch tarifpolitisch ein Dominoeffekt und somit Druck auf alle Entgeltgruppen und das gesamte Lohngitter entsteht.

Die Beiträge zur Sozialversicherung müssen auf unter 40-Prozent stabilisiert werden.

Die drohenden Beitragssatzsteigerungen führen zu höheren Lohnnebenkosten und belasten die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ebenfalls zusätzlich. Angesichts der grundsätzlich veränderten Lage brauchen wir einen Paradigmenwechsel in den Sozialen Sicherungssystemen. Wir müssen weg von Leistungsausweitungen und endlich ein tragfähiges Finanzierungskonzept entwickeln.

Die betriebliche Mitbestimmung darf nicht verschärft werden.

Wir stehen zur Sozialpartnerschaft. Allerdings: Unternehmerische Entscheidungen müssen ohne Wenn und Aber auch weiterhin von der Unternehmensführung getroffen werden. Das gilt gerade in Krisenzeiten, in denen es in besonderer Weise um Schnelligkeit geht. Jede Notwendigkeit einer zwingenden Einigung mit dem Betriebsrat führt zu Verzögerungen und unkalkulierbarem Erfüllungsaufwand.

Die Politik darf den Druck auf die Unternehmen zum Zwecke der Ausweitung der Tarifbindung nicht weiter erhöhen. Jedes Unternehmen muss weiterhin selbst entscheiden dürfen, ob sie die Tarifbindung eingeht. Das sieht die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie vor. Die Pläne für ein Tarif-treugesetz des Bundes müssen deshalb ausgesetzt werden.

Die von der derzeitigen Bundesregierung geplante Bildungsteilzeit darf nicht kommen. Weiterbildung muss sich stets an den Belangen des Betriebes und des Arbeitsmarktes orientieren. Individuelle Weiterbildungsansprüche ohne Einbindung des Arbeitgebers darf es nicht geben. Sie belasten einseitig die Unternehmen, ohne dass Gewähr besteht, dass diese auch von der Weiterbildung profitieren.

3. Wir brauchen mehr Schnelligkeit und weniger Bürokratie

Deshalb fordern wir:

Die Zeit für Planungs- und Genehmigungsprozesse muss auf ein Viertel verkürzt werden.

Wichtige Ansatzpunkte sind Planungs- und Entwicklungsziele mit klaren Prioritäten, eine Straffung der Verfahrens- und Rechtswege sowie digitale Verfahren. Das „LNG-Beschleunigungsgesetz“ sollte als Blaupause für weitere wichtige Infrastrukturmaßnahmen gelten.

Die Pläne der Bundesregierung zur Deregulierung müssen zügig umgesetzt werden.

Insbesondere das im Koalitionsvertrag vereinbarte neue Bürokratienteilungsgesetz muss beschleunigt auf den Weg gebracht werden.

Die Rechtssetzung muss verbessert und eine „One-in-two-out“-Regelung eingeführt werden.

Die bisherige ressortübergreifende „One-in-one-out“-Regelung, wonach für jede neue für die Wirtschaft belastende Regelung an anderer Stelle in gleichem Maße Belastungen abgebaut werden müssen, reicht nicht aus. Zudem ist das derzeitige Nichtberücksichtigen von Regulierungen im Zuge der Umsetzung von EU-Vorgaben nicht sachgerecht.

Bei allen Rechtsetzungsvorhaben müssen Praxis-Checks eingeführt werden.

Jedes neuen Rechtsetzungsvorhaben muss in Bezug auf Notwendigkeit, Alternativen, Regelungsumfang, Geltungsdauer und das Verhältnis von Kosten und Nutzen überprüft werden. Dabei müssen die Praktikabilität und Benutzerfreundlichkeit staatlicher Regulierungen und Abläufe durch Praxis-Checks gewährleistet werden. Auch bestehende Regulierungen müssen systematisch ex post evaluiert werden im Hinblick auf Zielerreichung, Kostenfolgen und Benutzerfreundlichkeit.

4. Wir brauchen ein Stoppschild für zusätzliche Belastungen aus Brüssel

Die Bundesregierung muss sich jetzt dafür einsetzen, dass alle EU-Vorhaben, die zusätzliche Belastungen und zusätzliche Bürokratie für Unternehmen bedeuten, mindestens vorerst auf Eis gelegt werden. Das betrifft unter anderem

- die Pläne für eine Lieferkettenregulierung,
- die Vorhaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung,
- die Verschärfung der Flottengrenzwerte,
- die weitere Umsetzung der Sustainable Finance Strategie (u. a. die Pläne für eine Soziale Taxonomie) und
- die REACH-Novelle.

Bestehende EU-Vorgaben dürfen auf nationaler Ebene nicht übererfüllt werden.

Das betrifft aktuell die EU-Arbeitsbedingungenrichtlinie und die EU-Whistleblower-Richtlinie. Beide gehen in der nationalen Umsetzung über die Vorgaben aus Brüssel hinaus.

Beihilfe- und Vergaberecht dürfen in der Krise nicht zu Bremsklötzen werden.

Die EU ist gefordert, noch großzügigere temporäre Ausnahmen für Maßnahmen zu schaffen, die unsere Resilienz erhöhen und notwendige Transformationsprozesse erleichtern.

Ansprechpartner

Raimo Kröll

Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Planung und Koordination

T 089-551 78-104

raimo.kroell@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de